

Deutschland.

O. C. Landtags-Verhandlungen.

29. Sitzung des Abgeordnetenhauses (vom 16. Januar).

11 Uhr. Am Ministertisch Leonhardt und Falk. Abg. Biesenbach interpellirt die Staatsregierung unter Bezugnahme auf seine frühere Interpellation vom 9. December 1873, die Verfügung des Präsidenten der Regierung zu Düsseldorf vom 23. November 1873 betreffend, und die Verantwortung derselben durch den Kultusminister am 11. December: „Welche Schritte sind von Seiten der Staatsregierung geschehen, um gegen die, in jener Verfügung enthaltene Verkürzung der geistlichen Wahlfreiheit Remedur zu schaffen?“ Der Interpellant führt aus: Die Verantwortung meiner früheren Interpellation war wohl nur eine Verlegung auf calendas graecas und da von einer Remedur bis jetzt nichts verlaute hat, so ist sie von Neuem eingebracht worden. Von mehreren Herren aus Düsseldorf ist eine Eingabe zur Vertheidigung des Regierungspräsidenten gemacht, in welcher die Behauptung, daß derselbe an der Spitze eines liberalen Wahl-Comitês gestanden habe, zurückgewiesen wird. Darauf erwidere ich: in der „Düsseldorfer Zeitung“ hat er die Einladung zu einer liberalen Wählerversammlung unterzeichnet. Wenn ferner gesagt worden, ich dürfte mich am Allerwenigsten über Wahlbeeinflussung beklagen, da ich nur durch die maßlose Agitation der katholischen Geistlichkeit genötigt sei, so kann ich mich wohl darüber einer weiteren Ausführung enthalten. — Es ist zu bedauern, daß der Herr Kultusminister nicht wenigstens im Prinzip seine Mißbilligung über das gerügte Verfahren ausgesprochen, denn die unberechtigten Einflüsse haben eine ungeahnte Größe angenommen. Den Lehrern ist folgender Fragebogen vorgelegt worden: 1) Sind Sie liberal oder ultramontan? 2) Wie haben Sie gestimmt? 3) Wie denken Sie über die Maßregeln und über den Widerstand der Bischöfe gegen dieselben? 4) Sind Sie Mitglied eines katholischen Vereins und wie verhalten Sie sich in demselben? (Bewegung im Centrum.)

Aber auch andere Beamte sind von dieser Beeinflussung betroffen worden; man hat zunächst den auf Kündigung angestellten, kirchlich gesinnten Beamten der Kammer ohne Weiteres gekündigt; andere veranlaßt, ihre Pensionierung nachzusuchen; noch anderen die Weichheitsqualifikation nicht ausgehakt. Diejenigen, welche einem liberalen und einem ultramontanen Wahlmann ihre Stimme gegeben haben, haben die Hälfte bekommen. (Große Heiterkeit.) Ein solches, beinahe königliches Verfahren ist nicht geeignet, das Ansehen der königlichen Regierung im Volke zu heben. Als man einem ultramontanen Hauswirth die Vorwürfe machte, daß er einem liberalen Miether gekündigt, und einem liberalen Fabrikanten, daß er kirchliche Arbeiter entlassen hätte, haben beide dagegen mit Entschiedenheit als gegen eine Verleumdung, die sie in der Achtung ihrer Mitbürger herabziehen würde, protestirt. Dieser Gesichtspunkt muß auch für die königliche Regierung gelten. Das Strafgesetzbuch bedroht in § 109 den Privatmann, der eine Wahlstimme kauft, mit Gefängnis und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte. Was geschieht aber einem königlichen Regierungspräsidenten, der mit den ihm zur Disposition gestellten Nominationsgeldern die Stimmen einer ganzen Klasse von Beamten kauft. (Sehr gut! im Centrum.) Hier haben Sie keinen passiven Widerstand gegen ein in seiner Competenz bestrittenes Gesetz (Bewegung links), sondern einen activen Widerstand gegen ein vollkommen zu Recht bestehendes Gesetz. Redner verliest dann einen längeren Artikel der „National-Zeitung“ über die in Rede stehende Verfügung, in welchem ausgeführt wird, mit welchen unsicheren Elementen die Regierung in Düsseldorf zu thun habe. Die Verfügung wird nur aus formellen Gründen getadelt, und schließlich gesagt: es scheint übrigens, daß dieselbe durch Mißbrauch des Vertrauens an die kirchlichen gelangt ist und es wird der Landrath Graf von See genannt. Redner fährt dann fort: Hier wird ein Landrath benannt und bald darauf wieder zur Disposition gestellt. Ein Kreissecretär wurde wegen seiner ultramontanen Gesinnung veretzt, trotzdem er darthut, daß er durch Grundeigenthum und Familienverhältnisse an seine Heimath gebunden sei. Ein anderer, der auch veretzt werden sollte, sagte, er würde in seiner Eigenschaft als Freimaurer schon erreichen, daß die Veretzung zurückgenommen würde (Große Heiterkeit), und er ist wirklich nicht veretzt worden (Heiterkeit).

Ich erlaube Ihnen keinen Klatsch. Der Regierungs-Präsident buldigt offenbar dem allerdings nicht sehr lobenswerthen Grundsatze: Wesh Brod ich esse, des Lied ich singe. Er darf aber nicht vergessen, daß weder die Lehrer noch sonstige Beamte weder ein Brod noch das des Ministeriums essen, sondern das des Landes, welches die freie Wahl will, ohne daß man vor den Folgen zu zittern hat. Der Regierungs-Präsident hat auch das beliebteste Mittel nicht verschmäht, die katholische Partei als regierungsfeindlich zu bezeichnen; diese Behauptung ist zur Behauptung der Reichsfeindschaft und sogar des Hochverraths aufgepflanzet worden, indem man den Katholiken den Vorwurf gemacht, daß sie mit Frankreich conspiriren. (Bewegung links.) Es ist wahr, meine Herren! (Stürmische Heiterkeit.) Klatschen auf der Tribüne. Der Präsident macht darauf antwortend, daß das Klatschen im Saale nicht gestattet sei. Abg. Windthorst (Meppen): Da hinten (nach rechts zeigend) ist geklatscht worden. Die Abgg. Dr. Friedenthal und v. Kardorff vermahnen sich dagegen, daß von Seiten der Conservativen geklatscht worden sei. Abg. Windthorst (Meppen): Ich habe nur gesagt, daß geklatscht ist, nicht wer geklatscht hat. (Stürmische Heiterkeit.) M. S. ich habe sagen wollen, diese Behauptung ist wirklich ausgesprochen worden, hat aber in der katholischen Bevölkerung die größte Indignation hervorgerufen. Wir bekämpfen die Maßregeln, weil wir glauben, daß durch dieselben die Grenze zwischen Staat und Kirche einseitig und widerrechtlich verlegt worden ist. (Bewegung im Hause. Beifall im Centrum.) Das ist unsere ganze Regierungsfeindschaft. Wir feiern den 2. September nicht mit, (Hört! Hört!) so lange in demselben der Sieg des Protestantismus über den Katholicismus gefeiert. (Lebhafter Widerspruch. Rufe: Hui!) und die katholische Kirche unterjocht wird. (Bewegung.)

Wenn das nicht mehr der Fall sein wird, sind wir bereit mitzuwirken. Das ist unsere Reichsfeindschaft. Wir erfreuen uns dabei der Sympathie aller Katholiken (Lebhafter Widerspruch), also auch der Katholiken Frankreichs (Auf: Ja). Sollten die Franzosen auf den in Deutschland herrschenden Sader rechnen bei ihren Nebanhegeleuten, so täuschen sie sich. Unser Patriotismus steht ebenso hoch, wie der Ihrige. (Widerspruch.) Wir berufen uns dabei auf ein laienliches Zeugnis. (Redner verliest darauf ein Schreiben des Kaisers an den Bürgermeister von Köln, in welchem der Patriotismus der Rheinlande lobend hervorgehoben wird.) Sollten die Franzosen auf den inneren Hader rechnend, wieder einen frevelmüthigen Krieg heraufbeschwören, so werden die Katholiken eben so treu ihr Vaterland vertheidigen, wie 1870. (Beifall im Centrum.)

Kultusminister Dr. Falk: Ich glaube, das Weimert bei Seite lassen und nur auf die Interpellation eingehen zu müssen. (Parren im Centrum.) Ich habe mich bei Beantwortung der Interpellation neulich an die vorgelegten Fragen gehalten, war aber keinen Augenblick zweifelhaft, daß der Interpellant sich nicht dabei beruhigen würde, und habe deshalb die erforderlichen Erklärungen eingegeben. Die in Rede stehende Verfügung existirt allerdings. Die Regierung kann aber darin keine Verkürzung des Wahlrechts erkennen (Widerspruch im Centrum), hat also auch keine Veranlassung, eine Remedur eintreten zu lassen. (Hört! im Centrum.) Ich bin dankbar dafür, daß Sie hören wollen, was ich jetzt sagen werde. (Heiterkeit.) Wenn die Staatsregierung die ihr durch die gegenwärtige ernste Bewegung gestellte Aufgabe erfüllen soll, so braucht sie Organe, auf die sie sich verlassen kann; sie muß die Ueberzeugung haben, daß die betreffenden Beamten ihr Geschäft mit der nöthigen Bestimmtheit und Energie zum Wohle des Landes, im Sinne der Regierung ausführen.

Diese Gewissheit mußte die Regierung um so mehr haben, als sich die Wahlbewegung fast gänzlich gegenpfeilt hatte auf die Frage: Centrum oder gegen Centrum? Dieser Gegensatz hat nicht nur in der Verfügung des Regierungspräsidenten, sondern fast in jedem Wahlaufsatz ihren Ausdruck gefunden. Der Regierungspräsident von Düsseldorf aber befindet sich nicht überall in der Lage, mit den Augen seiner untergebenen Organe sehen zu dürfen, er muß Alles selbst sehen und sorgsam überwachen. Das gilt besonders von Seiten der Schule, deren hohe Bedeutung in der gegenwärtigen Bewegung wohl Jedem klar ist. (Stimmen rechts: Nein!) Nein? Nun, den Herrn, der dies Wort ausspricht, verweise ich auf die früheren Debatten über die Schule

in diesem Hause. (Sehr richtig! links.) Es war also eine Pflicht des Regierungspräsidenten sich nicht bloß im Großen und Ganzen, sondern in allen Einzelheiten Klarheit zu verschaffen. Diese Pflicht trat um so mehr an die Regierung heran, als gleich nach Ausfall der Wahlen der Regierung der Vorwurf gemacht wurde, daß sie geistlichen Schulspectoren, die einen Einfluß auf die Lehrer nach clericaler Seite hin ausübten, im Amte belassen habe. Der Regierungspräsident war jedenfalls befugt, derartige Gründungen einzuziehen; die Wahl ist ja eine öffentliche, er hätte also durch seinen Secretär die Wahllisten durchsehen lassen brauchen, um die erforderliche Information zu erlangen. Ich behaupte persönlich, daß er das nicht gethan hat, dann würde auch der Schein der Verkürzung der Wahlfreiheit uns eripart worden sein. Ich sage „den Schein“, denn selbst der Abg. Biesenbach erkannte ja an, daß eine Drohung in dem Erlaß nicht enthalten sei; man könne aber das quos ego zwischen den Zeilen lesen. Nun die Verfügung ist 4 Wochen nach dem Abschluß der Wahl erlassen und die nächste Wahl findet erst nach 3 Jahren statt. Dann ist die Verfügung gar nicht dazu bestimmt zur Kenntniß der Lehrer zu kommen und nur durch eine schwere Indiscretion konnte sie in die Öffentlichkeit gelangen.

Was einzelne Fälle anbetrifft, so ist der Regierung von protokollarischen Vernehmungen u. s. w. nichts bekannt; eben so wenig kennt sie den Fragebogen, dessen Anwendung eine Ungewissheit der Landräthe resp. der Schulspectoren sein kann. Nach dem mir vorliegenden Bericht des Regierungspräsidenten hat einer der Landräthe, allerdings der vom Vorredner genannte, die Verfügung abschristlich dem ultramontanen gesinnten Kreisinspecteur gesandt, aus dessen Arbeitszimmer sofort eine Abschrift in das Expeditionslocal der Germania“ abgegangen ist. (Hört! Hört!) Ich will Ihnen aus einem Schreiben mittheilen, was Herr v. Ende selbst zu seiner Vertheidigung sagt: Er habe von seinem Recht als Wahlmann und Wähler Gebrauch gemacht und zu einer liberalen Wählerversammlung eingeladen. Daß er die Staatskatholiken-Adresse colportirt habe, müsse er verneinen; er habe nur die ihm übergebene Adresse an Herrn v. Wilnowski gesandt. Für die Ausbreitung des Ultracatholicismus Sorge zu tragen, habe er keine Veranlassung; natürlich habe er den Vertheil mit Professor Knooth und Bischof Meinkens nicht, wie die Aufforderung an alle Christen ergangen, abgebrochen, sondern fortgesetzt und alle in Bezug auf die Ultracatholicen erlassenen Vorschriften ausgeführt. Was die geistlichen Censurbeamten betrifft, so kann ich darüber nichts sagen. Wenn ultramontane Beamte zur Pensionierung gebracht sind, so werden sie wohl reich dazu gewesen sein. In Betreff der Weichheits-Qualifikation hat sich Herr v. Ende schon ausgesprochen. Wegen ultramontaner Gesinnung darf Niemand in allen Rechten, die ihm sein Amt giebt, gekürzt werden, so lange nicht in seinem Auftreten eine besondere Verletzung der Amtspflicht liegt. Wer darf aber die Anforderung an die Staatsregierung stellen, Beamten, die in irgend einer Weise dem Staate entgegengetreten, noch Vortheile zuzuwenden, zu denen sie keinerlei Recht haben; das ist eine Zumuthung, die nur erklärt werden kann aus einer eigentümlich naiven Auffassung. Welche Gesinnung dieselben (die ultramontanen Beamten) hegen“, schreibt Herr v. Ende, „geht deutlich daraus hervor, daß, wie durch protokollarisches Eingekommen festgestellt ist, ein Beamter am Abend des Wahltages in einem öffentlichen Locale laut seine Freude über den Sieg der Clericalen ausgesprochen und hinzugefügt hat, daß es für Düsseldorf, eine alte katholische Stadt, eine Schande gewesen sein würde, wenn das hergeleitete evangelische Geschick reisirte hätte.“ Solche Beamte sollen eine Nominationsbekommen. (Zischen im Centrum. Lebhafter Beifall im übrigen Hause.)

Auf den Antrag des Abg. v. Mallinrodt tritt das Haus in eine Besprechung der Interpellation ein.

Abg. v. Mallinrodt: Es war bisher Sitte, daß, wenn die Regierung zur sofortigen Beantwortung einer Interpellation noch nicht genügend informiert war, sie einen Tag sürte, bis zu welchem sie die nöthigen Informationen eingegogen haben würde. Wenn dies der Herr Kultusminister nicht gethan hat, so sieht das einer Verschiebung ad calendas graecas verjweifelt ähnlich. Gegenüber der Erklärung des Herrn Ministers, daß in dem Vorgehen des Herrn Regierungspräsidenten keine Verkürzung des Wahlrechts liege, appellire ich an die liberale Seite des Hauses, welche wir gar oft die Kämmerlamm haben rühren hören, sobald es sich um die Beeinflussung des Wahlrechts seitens der Regierung handelt. Ich hoffe, daß diese Herren auch in diesem Falle ihre Ueberzeugungstreue mit gleicher Entschiedenheit beweisen werden, wenn ich nicht annehmen soll, daß sie nicht mehr die Freiheit, sondern die Unterdrückung des Wahlrechts zum Princip erhoben haben, so daß der Herr Minister sich nicht mehr auf sie berufen darf. Zu der Erscheinung, daß in dem Düsseldorf'schen Regierungsbezirk die clericalische Gesinnung immer mehr um sich gegriffen und einen Wahlkreis nach dem anderen sich erobert hat, ist meines Erachtens der Schlüssel nicht schwer zu finden. Die Regierung bewegt sich sehr oft auf einem Wege, der mit den psychologischen Beobachtungen der Menschen gar wenig in Einklang zu bringen ist. Vergleichen Sie die Regierungspräsidenten, die seit einer langen Reihe von Jahren dem Düsseldorf'schen Bezirk präsidirt haben. Dem Präsidenten Massenbach, der für nicht energisch genug gehalten wurde, um mit genügendem Einfluß auf die Wahlen einzuwirken, folgte eine Persönlichkeit, auf die man großes Vertrauen gesetzt hatte: Herr v. Kithwetter, welcher später die übrigen Weiskalen auf den richtigen Weg helfen sollte. Diesem folgte dann Herr v. Ger. Nun machen Sie die Probe auf das Exempel: Je schärfer und rücksichtsloser der Präsident, um so schlimmer die Wahl im Sinne der Regierung. (Heiterkeit.)

Auch das Weiskaland ist von seinem Präsidenten noch nicht zur richtigen Einsicht gebracht, und daß im Regierungsbezirk Trier, wo früher recht viel regierungsfreundliche oder liberale Wahlen stattgefunden hatten, das heute ganz anders geworden ist, ist ebenfalls ein Verdienst des jetzigen Präsidenten. (Heiterkeit.) Die Regierung spannt eben gar zu oft die Pferde hinter den Wagen. Eine lange Zeit hindurch ließen sich ohne Mitwirkung der Beamten gar keine Wahlen machen, heute machen wir die Wahlen spielend und gegen alle Beamten. Glauben Sie denn, wir brauchen uns große Mühe zu geben, um eine bestimmte Mehrheit zu erreichen? (Heiterkeit.) Reines Wagnis. Unser bester Parteigänger ist eben die königliche Regierung höchst selbst. Was nun der Herr Minister geltend gemacht hat, daß die Regierung haben müsse, auf die sie sich verlassen kann, die ganz in ihrem Sinne handeln, so muß diese Forderung die Beamtenwelt zur völligen Desperation führen. Wenn heute ein Ministerium gestürzt wird, so muß also der Beamte der festen Ueberzeugung sein, daß das Ministerium von morgen das Rechte thue. Das ist eine wahrhaftige Zumuthung. Führen Sie die Betrachtung auf einen konkreten Fall an: die Regierung hat sich in Kriegszustand erklärt gegenüber der katholischen Kirche (Widerspruch, Rufe: Umgekehrt!), nun denn: gegenüber der römisch-katholischen vaticanischen Kirche (Zustimmung) und nun fordert sie von den katholischen Schullehrern, daß sie ihre Ueberzeugung nach auf Seiten der Regierung stehen müssen gegenüber der Kirche, der sie angehören. (Widerspruch.)

Nun, meine Herren, wenn Sie nicht anerkennen, daß die Schullehrer der römisch-katholischen vaticanischen Kirche angehören, so proklamiren Sie damit die Aufgabe der Regierung, die katholischen Lehrer in altkatholische Lehrer zu verwandeln und strafen die Behauptung Lüge, daß es sich nicht darum handle, den katholischen Glauben im Lande zu vernichten. In der Weise übt die Regierung Gewalt über das Gewissen nicht allein der Schullehrer, sondern auch der Schulkinder und will dadurch auch dem Willen der Eltern Zwang anthun. Glauben Sie, daß dessen das Volk sich nicht bewußt wird? Das singt jeder Spatz auf dem Dache. Worin besteht nun die ungeheure Klust zwischen uns und Ihnen? Während auch Sie die Omnipotenz des Staates durchaus nicht anerkennen, so werfen Sie uns vor, wir leugneten die Souveränität des Staates, des Gesetzes, die wir aber eben so gut anerkennen wie Sie (Widerspruch). Nein, auch wir leugnen nur die Omnipotenz des Staates. In Folge dessen liegt unsere Meinungsverschiedenheit einzig und allein in der Beurtheilung der Competenz des Staates, resp. der Gesetze, welche innerhalb dieser Competenz liegen oder nicht. Ich berühre einen zweiten Punkt: Wenn die Regierung einen Unterschied macht zwischen Katholiken und Liberalen, die einen als ihre lieben Brüder, die andern als ihre Feinde erkennt, so antworten wir: Katholicismus und Ultramontanismus decken sich und sind identisch. Und auch in der großen Masse des Volkes

existirt die Ueberzeugung, daß die Auffassung der Regierung falsch sei. Welche Folgen muß also eine Forderung der Regierung an die Beamten und namentlich an die Lehrer nach sich ziehen, die den Charakter einer tyrannischen Unterdrückung der im Volke heiligen Ueberzeugung in sich trägt? Auf diesem Wege erreicht die Regierung ihren Zweck eben so wenig wie durch die Jurisdiktionsstellung des einen Präsidenten und die Ernennung des andern.

Der Herr Minister hat die Jurisdiktionsstellung des Landraths dadurch motivirt, daß die Verfügung aus der Schreibstube eines Schulspectors ihren Weg in eine Zeitungsredaction gefunden habe. Aber ist denn der Landrath der Hüter des Arbeitsbuchs des Schulspectors? Hatte also die Regierung keinen andern Grund, ihn zur Verfügung zu stellen, so hat sie sehr ungerecht verfahren. Was nun den Patriotismus der Rheinländer betrifft, über den Sie vorhin Ihren Spott haben vernehmen lassen, so steht es gerade damit sehr günstig: Sie haben sich am Kriege gegen Frankreich mit der größten Hingebung betheilig, weil sie absolut nicht französisch werden wollten. Aber, m. H., leugnen Sie etwa, daß der Mann, der an der Spitze der Regierung steht, ausgesprochen hat, er wäre weit weniger deutsch als preussisch, und ihm würde es gar nicht schwer werden, einen Theil des linken Rheinufers an Frankreich abzutreten: die Rheinpfalz und die Theile der Regierungs-Bezirke Coblenz und Trier, welche auf dem rechten Moselufer liegen? Ja oder nein, m. H.? (Rufe: Nein!) Nun, haben Sie den Verhandlungen zwischen dem Ministerpräsidenten und dem General Gobone beigewohnt? (Nein!) Ich auch nicht, — ich habe aber in amtlichen Actenstücken, das, was ich behauptet, gelesen und mich bisher vergeblich nach Widerspruch dagegen umgesehen.

Der Kultusminister: Ich muß dem Vorredner erklären, daß es mir nicht im Entferntesten in den Sinn gekommen ist, die Jurisdiktionsstellung des Landraths mit dem von ihm erwähnten Factum in Verbindung zu bringen.

Abg. Kämpel: Gegenüber den Klagen der Centrumpartei über Beschränkungen der Wahlfreiheit läge es nahe, darauf hinzuweisen, wie wenig eine solche Partei Anlaß hat, von Wahlfreiheit zu sprechen, die ein ganzes System der Wahlbeeinflussung nicht auf die Freiheit des Einzelnen, sondern auf die sclavische Abhängigkeit von denjenigen Autoritäten bafirt, welche sie für sich in's Feld führt. Ich behaupte mir aber eine eingehende Behandlung dieses Gegenstandes für eine bessere Gelegenheit vor. Von meinen politischen Freunden in Düsseldorf ist mir nun der Auftrag zu Theil geworden, hier zu erklären, daß erstens die Behauptung des Interpellanten, der Präsident in Düsseldorf habe die Staatskatholiken-Adresse colportirt und sich an die Spitze des liberalen Wahl-Comitês gestellt, eine einfache Unwahrheit sei, ferner, daß man besonders in Lehrerkreisen die Verfügung des Regierungspräsidenten nicht als auf eine Beschränkung der Wahlfreiheit des Lehrers berechnet anjehet, sondern vielmehr als einen Schutz gegen die ungeschehenen Beeinflussungen ultramontaner Schulspectoren. (Gelächter im Centrum. Sehr wahr! links.) Ich könnte unzählige Erklärungen rheinischer katholischer Schullehrer beibringen, welche sich bitter über den Druck beklagen, unter dem sie noch heute stehen. Ja, an der Spitze des katholischen Gymnasialwesens dort noch heute der Mann steht, der seit 30 Jahren nichts anderes anstrebt, als die Gymnasien der Rheinprovinz ultramontan zu machen und wissenschaftlich herabzusetzen. (Hört! links.) Sodann habe ich, als in katholischer Familie aufgewachsener Rheinländer, Protest zu erheben gegen die Identifizierung der ultramontanen Partei mit den katholischen Rheinländern. Und wenn Sie sich, meine Herren vom Centrum, auf den Ausfall der Wahlen berufen, so erinnere ich Sie an den Wahlausfall vor 10 Jahren, wo die Ultramontanen trotz der Unterstützung der Regierung von den Liberalen fast völlig verdrängt wurden. Die nähere Ausführung der Gründe des heutigen Resultates, die allein in dem dortigen System von Gewissensdruck und Zwang liegen, unterlasse ich vorläufig. Ferner protestire ich dagegen, daß man den Patriotismus und die deutsche Gesinnung der Rheinländer nur von Seiten der ultramontanen Partei in Anspruch nimmt.

Was den inneren Conflict der katholischen Kirche anbetrifft, so hat die große Masse der katholischen Bevölkerung von dem Unterschiede zwischen Ultracatholicen und Ultracatholicen gar keine richtige Vorstellung. Der Herr Vorredner liebt es namentlich, diesen kirchenpolitischen Zwiepsalt auf den allerinnerlichsten Gegensatz des Glaubens zurückzuführen. Ueber seine Ueberzeugungstreue kann ich nicht urtheilen, aber ich weiß, daß langjährige Freunde desselben sich über die Frage des vaticanischen Ausspruchs mit einer unerhörten Frivolität entschieden haben. Schließlich protestire ich gegen die Gleichstellung der ultramontanen und liberalen Partei in Beziehung auf Wahlbeeinflussungen. Eine Partei, die darauf ausgeht, Verfassung und Recht mit Füßen zu treten, will ich nicht unter denselben Gesichtspunkt, wie die unsrige, betrachtet wissen. (Beifall. Zischen im Centrum.)

Damit ist der Gegenstand der Interpellation erledigt und die dritte Beratung des Civilbegehres wird fortgesetzt. Sie schloß gestern mit der Annahme des § 4, über den jedoch heute noch einmal abgestimmt werden muß, weil die vom Herrn v. d. Goltz vorgelegene Fassung durch eine gestern nicht gedruckt vorliegende Aenderung alterirt worden war. Heute wird diese Aenderung verworfen und Min. 1 des § 4 in der ursprünglichen Fassung des Herrn v. d. Goltz wiederhergestellt: „Gemeinde- und Bezirksbeamte, welchen das Amt des Ständesbeamten übertragen wird, sind berechtigt, von den zu dem Bezirk dieses Amtes gehörigen Gemeinden für ihre Mühewaltung eine Entschädigung zu beanspruchen, welche nach Aenderung der Bestimmungen in dem Geltungsbereich der Kreisordnung vom 13. December 1872 von dem Kreisaußschusse, in den übrigen Theilen der Monarchie von der Bezirksregierung (Landdrostei) als ein Pauschquantum festgesetzt wird.“

§ 6 soll nach der freien Commission (Miquel und Genossen) lauten: Die Aufsicht über die Amtsführung der Ständesbeamten wird von dem Einzelrichter (Amtsrichter, Gerichtscommissarius) ausgeübt, in dessen Bezirk dieselben ihren Amtssitz haben. Im Geltungsbereich der Verordnung vom 2. Januar 1849 werden zu diesem Zwecke bei den Collegialgerichten erster Instanz ein oder mehrere Einzelrichter ernannt. Die Beschwerden über Verfügungen des Ständesbeamten geht an den die Aufsicht führenden Einzelrichter. Derselbe ist bei Mängeln oder Verzögerungen des Geschäftsbetriebs zur Verhängung von Warnungen, Verweisungen und Ordnungsstrafen bis zu 50 Mark befugt. Auf Beschwerden über Verfügungen des Einzelrichters erfolgt die Entscheidung und zwar endgiltig im Bezirk des Appellationsgerichts zu Celle durch das Obergericht, in den übrigen Landestheilen durch das Appellationsgericht.

Dagegen beantragt v. d. Goltz den Absatz 2 folgendermaßen zu fassen: „Die Beschwerde über Verfügungen des Ständesbeamten geht an den die Aufsicht führenden Richter. Auf Beschwerden über Verfügungen des letzteren erfolgt die Entscheidung und zwar endgiltig im Bezirk des Appellationsgerichts zu Celle durch das Obergericht, in den übrigen Landestheilen durch das Appellationsgericht.“ — und sodann folgen zu lassen einen neuen § 6a. Wegen vorschriftswidriger oder nachlässiger Geschäftsführung können gegen den Ständesbeamten Ordnungsstrafen bis zur Höhe von 50 Mark festgesetzt werden. Die Festsetzung erfolgt auf Antrag des zuständigen Aufsichtsbearbeiters, d. h. des Richters durch Beschluß des Kreisaußschusses resp. der Bezirksregierung wird vom Justizminister bekämpft, weil durch dieselbe dem Richter eine ungebührliche Stellung geschaffen werde und der Gang der Verhandlungen ein unüberhältnißmäßig schwerfälliger und verwickelter werde, ohne irgend welche entsprechende Vortheile zu gewähren; derselbe empfiehlt demgemäß die Annahme des Antrags Miquel.

Abg. Kallenbach hält den im Goltz'schen Amendement proponirten Geschäftsgang geradezu für unmöglich; es werde zu großen Unzuträglichkeiten führen, wenn der Kreisaußschuß das Disciplinarrecht über den Ständesbeamten erhalte, da sie denselben Kreisen angehören würden. Abgeordneter



Dr. Friedenthal verteidigte den Antrag v. d. Golt im Interesse der Selbstverwaltung. Die Einführung der Kreisordnung schaffe Verpflichtungen, welche von einer Session zu anderen gingen; hier liege eine Gelegenheit vor, die Idee der Selbstverwaltung zu fördern. Eine Gefahr in dem judicium parium zu finden, sei jedenfalls im Widerspruch mit allen bisherigen Anschauungen über diesen Gegenstand. Eine Herabsetzung der Richter sei schwerlich darin zu finden, daß sie beim Kreisaustritt die Ordnungsträger beurlauben sollten, da jetzt selbst die höchsten Beamten vor ein Gericht der Selbstverwaltung gezogen werden könnten. Es sei ein glänzender Sieg über die Bureaucratie durch diese Neuordnung errungen, den man weiter verfolgen müsse; es ständen sich in dieser Frage freirechtliche Entwicklung und kleinliche bureaukratische Gewohnheit gegenüber.

Der Justizminister verwahrt sich dagegen, daß seine Bekämpfung des Antrags Golt aus kleinlich bureaukratischen Gesichtspunkten hervorgegangen sei; er habe bei dieser seiner Haltung nur die Würde des Richterstandes im Auge gehabt.

Während der Abg. Friedenthal spricht, ist der Ministerpräsident Fürst Bismarck eingetreten und verlangt unmittelbar vor der Abstimmung über § 6 das Wort, wodurch die Verhandlung über das Civilehegesetz in überraschender Weise unterbrochen wird.

Fürst Bismarck: Ich habe gehört, daß in der heutigen Discussion von dem Abg. v. Mallindrodt behauptet worden ist, — ich bitte mich zu bescheiden, wenn ich Fälschlichkeit erfahren habe; — ich hätte dem italienischen General Gobone gegenüber die Absicht der Abtretung eines preussischen Bezirks an der Mosel und der Saar in Aussicht gestellt. Ich bin genötigt, mit den stärksten Ausdrücken dies für eine lächerliche Erfindung zu erklären. Diese hat der Hr. Abgeordnete natürlich nicht gemacht, aber er sollte doch vorsichtiger sein mit Anführung von Nachrichten, die in verläumdender, gehässiger Absicht erfunden worden. Es ist auch nicht eine Silbe davon wahr; ich habe Niemandem die Abtretung auch nur eines Dorfes, auch nur eines Kleefeldes zugelegt. Diese Behauptung erkläre ich nochmals für eine dreiste, tendenziöse Lüge, die zur Anschuldigung meiner Person erfunden worden ist. (Lebhafter Beifall.) Ich bin, da ich einmal zu einer persönlichen Bemerkung das Wort genommen habe, genötigt, auf einen andern Fall, der gestern vorgekommen ist, zurückzugreifen. Ich wollte den Herren, die dabei theilhaftig sind und namentlich, wenn sie nach ihren Behauptungen und, wie ich annehme, ehrlichen Behauptungen, die Sache des Christenthums, die Religion der Wahrheit verteidigen, rathe, doch vorsichtiger mit ihren Behauptungen zu sein und nicht alles anzunehmen, was ihnen aus unlauterer Quelle beigebracht wird. Ich möchte den Herren doch zu bedenken geben, daß die von Gott gesegnete Obrigkeit, die über uns regiert, auch in den Organen, die Se. Majestät an die Spitze des Reiches stellt, Anspruch auf Willkür nicht haben, auf persönliche Rücksichten, aber doch wenigstens auf decente Behandlung hat und das man nicht gut thut, seine eigene Regierung zu verläumdern. Man hat von dem Vogel mit seinem Nest ein Sprichwort, das ich hier aber nicht anführen will, aber proper ist diese Operation nicht.

Was den gestrigen Vorgang betrifft, so habe ich die Ausführungen des Herrn von Schorlemer aus den bereits gedruckten Berichten entnehmen können und also etwas ausführlicher, als die mir nur durch Hörensagen zugekommenen Entstellungen von heute. Der Herr Abgeordnete hat mir Inconsequenz nachzuweisen gesucht. Nun, wenn es ihm gelungen wäre, so würde es um die Sache, die er verteidigt, in keinem Maße gebessert sein. Aber es ist ihm in keiner Weise gelungen. Er hält mir vor, daß ich gesagt habe, das Dogma der Unfehlbarkeit, das von vielen Millionen Katholiken angenommen worden sei, müsse respectirt werden. Ja, das ist auch heute noch meine Ansicht. Ich habe es auch respectirt. Habe ich es je angefochten? Bestreitet man ihren Glauben in irgend einer Weise? Wir haben nur die Consequenzen gegen, welche ihm für unser Staatsleben entstehen und auf die Schwierigkeiten aufmerksam gemacht, in die unser Staatsleben dadurch kommt, auf die Nothwendigkeit, daß man so wenig wie möglich von Glaubenssachen in das Staatsleben hineinzutreiben müsse. Aber den Glauben respectire ich ja und würde ihn, wenn er sich auf Dinge erstreckte, die mir und den andern evangelischen Christen noch ferner wären, dennoch respectiren. Wieso dies damit in Widerspruch steht, was ich neulich über eine andere Sache gesagt habe, verstehe ich nicht. Die Herren müssen nur nicht die Freiheit des Glaubens so auslegen wollen, als ob sie in einer Herrschaft über Andersgläubige und über den Staat bestände. Für sie ist Nichtersagen schon mit Unterdrückung gleichbedeutend. Ich habe es neulich schon gesagt, wir verlangen aus Unabhängigkeit für uns Andersgläubige und Achtung vor unserm Glauben, die wir bei ihnen nicht finden.

Dann hat der Herr Abgeordnete darüber Tatsachen zum Beweise meiner Behauptungen vermischt, daß das Auftreten der Bischöfe ein revolutionäres wäre. Ich habe ja damals gleich in der Rede selbst darauf aufmerksam gemacht, worauf ich es begründe, und die Tatsache, daß die Herren Bischöfe dem Gesetz den Gehorsam aufbieten, die Autorität des Gesetzes leugnen, als Gesetzwidrigkeit dem Staate gegenüber stehen, wird doch der Herr Abgeordnete nicht leugnen; er mußte denn gar keine Zeitungen lesen. Daß er überhaupt wenig liest, habe ich aus der letzten Rede geschlossen (Heiterkeit), aus dem ganzen Inhalt seiner Rede, welcher zeigt, daß er auch meine Rede, auf die er anspielt, nicht gelesen, und ich habe es nicht für richtig, Angriffe gegen einen vielbeschäftigten Beamten lediglich auf Vermuthungen zu gründen. Der Herr Vorredner ist seinerseits gewiß ein sehr wahrheitsliebender Mann und ich bin überzeugt, daß er nicht freiwillig eine Tatsache behauptet, die er als falsch erkennt. Ich bin nicht entfernt zu glauben, daß er in dieser Beziehung die Doctrin mancher Orden, die lebhafteste Verehrer derselben Sache sind, irgendetwas theilt, aber ich glaube, zu einer vollständig scrupulösen Wahrheitsliebe gehört auch, daß man das, was man als wahr behauptet, etwas genauer prüft, und wenn der Herr Vorredner sagt: ein Mann, dessen Vergangenheit mit solchen Thaten belastet sei, der verdiene wenig Glauben, so möchte ich ihm erwidern, daß ein Mann, dessen Reden mit einer solchen Geringschätzung der Thaten und der wirklichen Verhältnisse belastet sind, noch viel weniger Glauben verdient und doch sein Auftreten um so vorsichtiger sein müßte, je mehr er selbst auf den gewiß verdienten Ruf seiner Wahrheitsliebe hält. Der Vorredner hat unter Anderem gefragt: wer hat mehr zum Umsturz der alten deutschen Bundesverfassung beigetragen, die doch auch ein Gesetz war? Ja, es ist etwas ganz Anderes, sich die Abschaffung und Aenderung einer gesetzlichen Einrichtung zum Ziel zu machen oder die Autorität des rite bestehenden Gesetzes schlechthweg zu leugnen und ihm sich nicht zu unterwerfen.

Außerdem giebt es eine Menge von Leuten, die mehr zur Zerstörung des alten Bundestages gethan haben wie ich, namentlich alle politischen Freunde des Redners von gestern (Sehr richtig) und namentlich vor allen Dingen die Majorität der damaligen Regierungen, die eben Beschlüsse faßten, von denen sie ganz sicher voraussehen mußten, daß sie den Bund und die Verfassung sprengen mußten. Herr v. Schorlemer hat ferner die Behauptung aufgestellt, die mit der heutigen von Mallindrodt unter dieselbe Kategorie gehört, ich hätte die ungarischen und baltischen Regimenter 1866 zum Abfall aufzufordern lassen. Es ist einfach nicht wahr und wenn der Abgeordnete so bereitwillig ist, von mir über die manifestesten, offenkundigsten Thaten, etwa ob heute die Sonne scheint, einen Beweis zu verlangen, den man augenblicklich nicht bringen kann, den aber der Abgeordnete von offenkundigen, von Niemand in Zweifel gezogenen Thaten oft fordert, so hat er sehr gut in seiner Disputirschule gelernt, jedesmal nach Beweisen zu fragen, und diesem Auf beuge ich aus dem Centrum jedesmal als Diskussionsmittel. Es sind eine Menge Dinge, die bekannt sind, zu deren Beweise aber, wenn er wissenschaftlich geführt werden sollte, man Bücher und Vorlesungen beibringen müßte. Für die behaupteten Thaten von 1866 würde doch aber der Abgeordnete irgend einen Beweis beibringen müssen. Es ist weltbekannt, daß sich eine ungarische Legion aus ungarischen Kriegsgefangenen hier gebildet hat. Es wurden uns in dieser Beziehung Ueberlieferungen schon bei Ausbruch des Krieges gemacht; ich habe sie damals zurückgewiesen, obgleich es gewiß eine schwere Verantwortung für einen Minister war, in einem Kampf mit einem so waffenfähigen Reiche, wie Oesterreich — die ungarischen waren damals nicht erprobt — irgend einen Vorwand zurückzuweisen, der nach Kriegesrecht möglich war; es wäre das eine Unterschätzung des Gegners gewesen.

Indessen, da ich immer darauf geredet hatte, die Verhältnisse mit Oesterreich nicht dahin zu treiben, daß sie zu unüberwindlichem Zwiespalt führten, — eine Ueberzeugung, der ich noch Ausdrück gegeben habe bis zu seiner Apostrophischen Majestät hin in dem Moment, wo unsere Truppen schon marschirten, da noch habe ich Vorschläge gemacht, die leicht zu einer Vereinbarung hätten führen können — also ich habe am Anfang des Krieges energisch Ueberlieferungen zurückgewiesen, und erst in dem Moment, als nach der Schlacht beiadowa der Kaiser Napoleon telegraphisch seine Genehmigung in Aussicht stellte, da habe ich mir gesagt: ich habe meinem Lande gegenüber nicht mehr das Recht, irgend ein Mittel der Vertreibung und Kriegsführung, welches kriegsrechtlich vollständig erlaubt ist, zu verschmähen, da ich es nicht darauf antworten lassen wollte, daß unsere Erfolge durch das Erscheinen Frankreichs auf der Bühne wieder in Zweifel gestellt würden; wenn Frankreich auch damals sehr wenig Truppen hatte, so hätte doch ein geringer Zusatz von französischen Truppen hingereicht, um aus den zahlreichen süddeutschen Truppenmassen, die ein sehr gutes, aber nicht organisirtes Material darstellten, eine recht tüchtige Armee zu machen, die uns sofort in die Lage gebracht

hätte, zunächst Berlin zu decken und alle unsere Erfolge in Oesterreich aufzugeben. Damals habe ich in einem Act der Nothwehr die Bildung dieser Legion nicht gemacht, sondern ermächtigt.

Was liegt nun darin Revolutionäres? Ich möchte einmal die Frage oder Erwiderung des gestrigen Herrn Redners umkehren. Wenn wir mit einem widererwartlichen Frankreich in Krieg wären, und die Hegereien der süddeutschen Blätter fortwähren, die dieselbe Sache wie das Centrum und die „Germania“, nur etwas plumper, verteidigen, die von ihren Bundesgenossen vom rechten Flügel, von den anständigeren Truppencorps nicht desabowirt worden sind — und es träte dann der Fall ein, daß mit Inbegriffnahme der überlieferten Tendenzen, des Beispiels der Gefesverachtung hochgestellten Prälaten, der aufregenden Diatriben, die wir in den Blättern des Centrums an Volkskirchen gerichtet sehen, die so genau logisch ihre Pflichten und Rechte nicht abwägen, wie wir es hier in diesem Raum thun — Alles dies, sage ich, hätte zur Folge, daß sich nun aus deutschen Mitbürgern oder aus deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich eine päpstliche Legion bilde, um Frankreich zu befreien, würde dann Herr v. Schorlemer dem französischen Staatsmanne, der in dem sehr schweren Kampfe mit dem deutschen Reich sich diese Velleität einiger unserer Landsleute — ich hoffe, es werden nur wenige oder gar keine sein, aber theoretisch wäre der Fall doch denkbar — zu Hilfe machte, würde er dem französischen Staatsmanne, der an der Spitze stände, vielleicht dem König Heinrich, Grafen von Chambord, die Annahme dieser Hilfe als ein revolutionäres Gebahren vorwerfen? Ich glaube nicht. Er könnte eher die Deutschen Revolutionäre nennen — obgleich es noch andere Bezeichnungen dafür giebt — die von ihrem Vaterlande abfallen und dem Feinde Dienste leisten; aber den Feind, der einen Deserteur aufnimmt, so zu nennen, da muß der Herr Vorredner doch vom Kriegsgebrauch sehr wenig wissen. Ich würde überhaupt, wenn ich so wenig von der Welt wüßte, wie der Herr Vorredner, weniger oder doch weniger zuversichtlich reden. (Große Heiterkeit.)

Eins hat mich am Meisten frappirt, was eigentlich nicht gegen mich persönlich gerichtet war, daß der Herr Vorredner die Forderung aller Bande der Familie gewissermaßen und das „Geborenwerden unter dem Fluche der Sünde“ als eine natürliche Consequenz der Einführung der Civilehe ansieht; trifft denn diese Consequenz der Zerrüttung des Familienlebens z. B. in der Rheinprovinz zu? die doch dem Vorredner besser bekannt sein wird, als die politischen Thaten, auf die er sich bezogen hat? Ich halte gerade das Familienleben, und insbesondere das eheliche Verhältniß bei unsern rheinischen Mitbürgern für ein Beispiel echt deutscher Sitte, das mit dem in Frankreich auf's Angenehmste contrastirt. Ich glaube, daß gerade am Rhein, wenn man statistische Data über diese Frage überhaupt aufstellen könnte und wollte, die eheliche Sitte eine sehr hohe Stufe einnehmen würde. Und was den Unterschied betrifft, so stelle er sich bei Einführung der Civilehe so: dann würden die Abkömmlinge aus einer solchen Ehe „unter dem Fluche der Sünde“ geboren werden — da möchte ich doch an den Herrn Vorredner als Christ — denn ich glaube, gewisse Grundlebenswahrheiten theilen wir doch — die Frage stellen, ob er selbst denn glaubt, nicht unter dem „Fluch der Sünde“ geboren zu sein? Wenn er das behauptet, so muß ich sagen, daß ihm, der als einer der hauptsächlichsten Verteidiger des Christenthums auftritt, nicht nur die Kenntniß der Politik, sondern auch die Kenntniß einer der ersten christlichen Heilswahrheiten abgeht. (Beifall.)

Abg. Windthorst (Meppen): (Zur Geschäftsordnung.) Ohne Zweifel waren die Ausführungen des Herrn Ministerpräsidenten von großem Interesse. Aber ich frage den Herrn Präsidenten, wie es möglich ist, daß wir, mitten in der Specialberatung, mit einem Male Erörterungen hören, die zu diesem Paragraphen so wenig, wie zu dem ganzen Gesetz gehören. Ich meinerseits will dies gelten lassen und nur die Frage daran knüpfen, ob die Discussion von gestern und die Generaldiscussion wieder eröffnet ist. Dann erbitte ich mir das Wort dazu. (Heiterkeit.)

Abg. Lasker: Der Minister des Königs hat jederzeit das Recht, das Wort zu nehmen, ohne daß der Präsident controliren kann, wozu. Jedemfalls wird aber der Herr Präsident gestatten, daß von den angegriffenen Rednern Bemerkungen darüber gemacht werden.

Fürst Bismarck: Ich erlaube mir wiederholt ins Gedächtniß zu rufen, daß ich den Herrn Präsidenten um das Wort bei einer persönlichen Bemerkung und das vor dem Moment, wo diese Bemerkung gemacht wurde, ich die Absicht hatte, nach Verabredung mit Anderen für das, was ich zu sagen hatte, einen schicklichen Platz an einer andern Stelle zu suchen. Da aber meine Bemerkung wesentlich persönlicher Natur, die Antwort auf ungeheuerliche persönliche Angriffe war, denen ich in meiner Abwesenheit ausgegesetzt gewesen bin, so hat mich der Umstand, daß ich unerwartet sah, wie von dort drüben zu einer persönlichen Bemerkung das Wort genommen wurde, zu der Bitte veranlaßt, meine persönliche Bemerkung daran knüpfen zu können.

Abg. Windthorst (Meppen): Eine persönliche Bemerkung ist nur dann gerechtfertigt, wenn sie im Zusammenhang mit der unmittelbar vorhergehenden Discussion gemacht worden ist. Unzweifelhaft hat der Minister das Recht, jederzeit gehört zu werden, dagegen behält der Präsident die Controle, ob der Minister zur Sache spricht oder nicht. Es geschieht dies nicht nur aus formellen Rücksichten, sondern auch zur Sicherung einer freien Discussion. Der Abgeordnete v. Schorlemer ist gegenwärtig gar nicht da, ist also nicht in der Lage, sich zu verteidigen. Ich muß gegen solche Verletzung der Geschäftsordnung und der Freiheit der Einzelnen entschiedene Verwahrung einlegen.

Fürst Bismarck: Ich erlaube mir nur, den Herrn Vorredner darauf aufmerksam zu machen, daß ich, als Herr v. Schorlemer mich angegriffen hat, ebenfalls hier nicht anwesend war (Heiterkeit) und daß er deshalb diese seine Bemerkung zunächst gegen seinen Collegen hätte richten müssen. Der angegriffene Theil hat die Wahl des Moments, der verteidigende nicht immer. Ich kann nicht 36 Stunden hingehen lassen, damit alle Unwahrheiten telegraphisch unüberlegt in die Welt gehen.

Abg. Lasker: Es ist schon Dutzende Mal dagewesen, daß ein Minister mitten in der Debatte das Wort ergreift hat, um einen Gesetzentwurf einzubringen. Also auch dem Sinne nach ist der heutige Vorgang gerechtfertigt. Der Sache nach aber verdient es das höchste Lob, wenn der Herr Ministerpräsident seine Stunde vorbeirufen läßt, um die schmachlichsten Verleumdungen, welche bisher nur in einer Broschüre abgedruckt waren, jetzt aber von einem Abgeordneten in das Parlament gebracht worden sind, als ruchlose Verleumdungen zurückzuweisen. (Beifall.)

Abg. v. Mallindrodt: Der Vorredner betont unter dem Beifall des Hauses, daß der Ministerpräsident nicht eine Stunde vorbeirufen läßt, ohne Verleumdungen zurückzuweisen. Und doch hat er viele Monate hingehen lassen, ohne gegen denselben Vorwurf ein Wort zu erwidern. In geschäftlicher Beziehung halte ich es für gerechtfertigt, daß der Minister jeder Zeit das Wort ergreifen darf, trotzdem hat der Präsident die Pflicht, die Ordnung des Hauses zu schützen. Gegen die Ordnung wird aber verstoßen, wenn man eine Specialdiscussion unterbricht und in ganz willkürlicher Weise andere Gegenstände zur Erörterung bringt. Man müßte sich über die Geschäftsordnung hinwegsetzen, um auf die Aeußerungen des Ministerpräsidenten zu antworten. Ich erinnere mich, daß derselbe früher einmal in einer persönlichen Bemerkung sehr weit gehende Angriffe gegen den Abgeordneten Windthorst machte, und daß der Präsident, um die Interessen des Abgeordneten einigermaßen zu schützen, durch einen Schriftführer denselben bedeuten ließ, er gestatte ihm die weitesten Schranken für seine Erwiderung. Ich hoffe, daß der Herr Präsident heute ebenso verfahren wird. Wenn der Ministerpräsident sagt, auch er sei gestern in seiner Abwesenheit angegriffen worden, so übersteht er hierbei völlig, daß er nach der Tagesordnung berufen war, im Saale zu erscheinen, während dies bei dem Abg. v. Schorlemer nicht so der Fall war. Uebrigens hat erst neulich der Herr Ministerpräsident Vorwürfe gegen die Bischöfe erhoben, die in vielen Augen als Verleumdung gelten, obgleich dieselben nicht anwendbar waren.

Fürst Bismarck verlangt das Wort zu einer persönlichen Bemerkung.

Präsident v. Bennigsen spricht den Wunsch aus, erst die geschäftliche Frage zu erledigen, worauf Fürst Bismarck vor der Hand nicht weiter das Wort verlangt. Der Präsident bemerkt darauf, daß es geradezu Präjudiz im Hause sei, daß mitten in der Debatte von dem Minister Sachen der allgemeinen Politik erörtert werden dürfen. Er lasse den jetzigen Vorfall so auf, daß der Ministerpräsident gegenwärtig eine Erörterung seiner Politik gegeben habe, auf welche die späteren Redner sich beziehen dürften. Eine Ausnahme der Discussion über § 6 sei nicht mehr möglich, da man bereits in der Abstimmung stehe. Dagegen wolle er gelegentlich constatiren, daß durch eine persönliche Bemerkung eines Regierungsvertreters die Discussion ebenfalls wieder eröffnet sei.

Abg. v. Gerlach will bei diesem Anlaß bestätigen, daß nach der Verfassung die Minister des Königs zu jeder Zeit das Wort zu erlangen das Recht haben, ohne der Geschäftsordnung des Hauses unterworfen zu sein. Präsident v. Bennigsen erklärt sich für sein Theil mit dem letzten Satz des Herrn v. Gerlach nicht einverstanden, sondern hält an der Auffassung fest, zu der sich seine Vorgänger im Präsidium bekannt haben.

Abg. v. Mallindrodt: Der Herr Ministerpräsident scheint über meine Ausführung nicht treu berichtet zu sein. Ich habe nicht davon gesprochen, daß er eine Zusicherung gemacht habe. Redner verliert die bezügliche Stelle. Ich habe diese Behauptung in amtlichen Actenstücken gelesen und bin jezt

allerdings von der Wahrheit überzeugt gewesen, da sie noch nicht widerlegt ist. — Wenn nun der Ministerpräsident die Unwahrheit derselben behauptet, so bin ich nicht in der Lage, meine bisherige Auffassung als die richtige gegen die von maßgebender Stelle ausgehende hinzustellen. Ich indoscire dann einfach den Vorwurf der Lüge, der ja gar nicht persönlich gegen mich gerichtet sein sollte, an die richtige Adresse, d. i. den Ministerpräsidenten General Lamarmora. Warten wir ab, ob derselbe in der Lage ist, den Beweis für seine Behauptungen anzutreten.

Fürst Bismarck: Der Herr Vorredner hat eine eigenthümlich in der Politik der ganzen Partei begründete Art, sich aus der Affaire zu ziehen, sowie er sieht, daß die Schlußlinie unangenehm wird und den Vorwurf zu indosciren an Jemanden, der übrigens weder Ministerpräsident noch General mehr ist, sondern einfacher Privatmann, der in unerlaubter Weise Actenstücke veröffentlicht hat, die in seinem früheren amtlichen Verhältniß zu seiner Kenntniß gekommen sind — ein Verfahren, gegen das, wie mir von italienischer Seite aus meine vertraulichen Erfindungen mitgeteilt ist, ein Strafgesetz in Italien nicht gültig ist. Zugleich aber — und das zeigt doch auch das Maß von Ansehen, das in Italien diesen Veröffentlichungen zu Theil wird — ist mir gesagt worden, daß man in Folge dieses Vorgangs das Bedürfnis anerkannt hätte, ein solches Strafgesetz in Italien herzustellen. Daß der Herr Vorredner lieber das Zeugnis eines Feindes, als das der Thatfachen herbeizieht, wundert mich nicht; ein solcher aber ist der General Lamarmora nach seinem ganzen Verhalten und nach seiner ganzen Politik und ich könnte über seine Politik weit mehr und viel unangenehmere Bücher schreiben, als über die meinige, wenn ich nicht eine Abneigung hätte, andere Potenzen und Mächte in solche Erörterungen hineinzuziehen. Insofern steht aber der Herr Vorredner viel freier da, er braucht auf die Interessen und Ehre des eigenen Landes und auf dessen Beziehungen zu fremden Mächten viel weniger Rücksichten zu nehmen, als ich dazu gezwungen bin. Der Herr Vorredner sagte, er hätte seinerseits an die Echtheit geglaubt.

Ja, meine Herren, wenn ich Alles öffentlich sagen wollte, was ich glaube über manche Leute (Heiterkeit), so könnten wir leicht in eine äble Lage kommen. Ich halte mich dazu jedoch nicht für berechtigt, namentlich in öffentlicher Versammlung und in amtlicher Stellung, ehe ich nicht die Wahrheit dessen, was ich vorbringe, etwas mehr geprüft habe. Der Herr Vorredner begründet eine Art von Recht, an die Sache zu glauben, darauf, daß Monate lang diese, wie gesagt, von einem Privatmann publicirte Sammlung zu Unrecht entwendeter Actenstücke, d. h. subjectiver Actenstücke; es sind ja doch immer nur einseitige Berichte einzelner Personen, die darin ihre Eindrücke von vertraulichen Unterredungen veröffentlicht; er hielt sich für berechtigt, daran zu glauben, weil Monate verfloßen waren ohne eine Widerlegung. Ja, meine Herren, wenn ich mich auf die Widerlegung alles dessen einzulassen wollte, was gegen mich gedruckt wird, auch nur vielleicht im Sinne der hier vertretenen Mittelpartei gegen mich gedruckt wird, da reichte kein Bureauar und kein Welsensfonds. Da müßte ein besonderes Ministerium dazu eingerichtet werden, um das bloß lesen zu lassen. Und ich rechne es mir zur Ehre! In meinem ganzen unter verschiedenen Gestaltungen der europäischen Politik stets mit entschlossener Vertretung der Interessen meines Königs und meines Landes durchgeführten politischen Leben ist mir die Ehre zu Theil geworden, sehr viele Feinde zu haben. Gehen Sie von der Garonne, um mit der Gascogne anzufangen, bis zur Weichsel, vom Belt bis zur Tiber, suchen Sie an den heimischen Strömen der Oder und des Rheins unher, so werden Sie finden, daß ich in diesem Augenblicke wohl die am stärksten, und ich behaupte stolz, die am besten gehabte Persönlichkeit in diesem Lande bin. Ich freue mich, daß der Herr Vorredner durch ein Kopfnicken mir das bestätigt, sein Gerechtigkeitsgefühl gesteht mir das zu (Heiterkeit).

Und wenn ich auf Alles das, was in Frankreich, in Italien, in Polen — und ich will das Andere gar nicht nennen — gegen mich geschrieben wird, auch nur lesen wollte — ich habe mir nachgerade eine ziemlich hochmüthige Verachtung gegen diese Elaborate angewöhnt und die Herren sind auf dem besten Wege, mich dahin zu bringen, daß ich das Gebiet, was davon betroffen wird, noch weiter ausdehne (Heiterkeit). Bisher aber halte ich es für meine Pflicht, wenn ich hier von einem Vertreter dieses Landes in einer so prägnanten Weise angegriffen werde, auch hier darüber Rede zu stehen. Ich halte es auch für mein Recht nicht abzuwarten, bis der Moment günstiger ist und etwa nach 6 Wochen zu sagen, Herrn von Schorlemer's oder Herrn von Mallindrodt's damalige Behauptungen waren nicht begründet. Wenn nun der Herr Vorredner mir vorwirft, daß ich gestern bei der Tages-Ordnung nicht erschienen sei, so ist es ja nicht meine Aufgabe, in die Materie des Gesetzes einzugehen. Der Herr Vorredner kann aber sicher sein, daß, wenn auf der Tages-Ordnung nicht die Civilehe, sondern die Verbreitung falscher Thaten gegen den Ministerpräsidenten gestanden hätte, ich gewiß erschienen wäre. (Große Heiterkeit.)

Abg. v. Mallindrodt: Mich aus der Schlußlinie zu ziehen, ist nicht meine Art. Eher hätte der Herr Ministerpräsident die Sache abhürzen können durch eine Erklärung über den Inhalt oder Nichtinhalt der Actenstücke. Seine poetischen Ausführungen der Tiber und Garonne erinnerte mich an die Zeit der Troubadours. (Heiterkeit.) Jedemfalls ist der Autor des fraglichen Buches Ministerpräsident und General gewesen und somit in der Lage, authentische Actenstücke zu besitzen. Wieviel Wahrheit in ihnen enthalten ist, wäre sehr interessant zu erfahren. Bei Ermittlung der Wahrheit kommt es auch nicht auf die politische Stellung des Zeugen an, sondern nur darauf, wie weit derselbe glaubwürdig ist. Wenn der Ministerpräsident glaubt, die Ehre des eigenen Landes liege ihm mehr oder weniger am Herzen als mir, so räume ich dies durchaus nicht ein. Die Ehre des Landes soll jedem Bürger gleich nahe am Herzen liegen (Rufe: Soll!), nur die Auffassung darüber kann variiren, und da glaube ich, daß die höchste Ehre in einer ehrenhaften Politik besteht, und läßt sich die Regierung nach dieser Richtung unehrenhafte Handlungen zu Schulden kommen, so ist gerade die Landesvertretung berufen, dies der Regierung zu sagen; gerade dadurch wird die Ehre dem Auslande gegenüber sicher gestellt, nicht durch Verdeckung der Fehler. (Beifall im Centrum.)

Fürst Bismarck: Ich muß dem Herrn Vorredner sagen, daß er durch die Art seiner letzten Ausführung sich doch wieder einigemassen in die Schlußlinie, die ich gegen Lamarmora machte, hineinbegeben hat. Er sagte, nachdem ich mich zu dem so bestimmten Dementi verstanden habe, es andere dies die Sache, und wenn er früher dies gewünscht hätte, so hätte er nicht daran geglaubt. Aber hat nicht der Vorredner in seinen letzten Aeußerungen die Tendenz durchblicken lassen, er möchte noch den Glauben daran aufrechterhalten? Das ist die eigenthümliche Festschwärze jenes Herrn, gegen die schwer aufzukommen ist. Den Herrn Vorredner zu überzeugen, fällt mir nicht ein, ich will es auch gar nicht versuchen, weil es doch fruchtlos sein würde. Im Uebrigen möchte ich ihn aber darauf aufmerksam machen, wenn er sich so hartnäckig auf ein apokryphisches Zeugnis beruft, was im Auslande geboren ist und auf solche Actenstücke, die Berichte eines Geandten geben, der mit mir Unterredungen gehabt hat, daß der Herr Vorredner mich noch genauer befragt, als das Buch, indem er mehrmals Conjecturen gestrichen und Indicationen dafür gesetzt hat. Wenn mir der Herr etwas vorwerfen will, so hat er wohl das Recht, sich auf Thaten zu berufen, alle apokryphischen Zeugnisse muß er aber refutiren. Habe ich denn etwas abgetrieben? Wenn ich Verhandlungen darüber anknüpfen wollte, hätte ich es nicht mit großer Leichtigkeit thun können? Mit der Abtretung von wenig Dörfern, ja nur eines Dorfes, nur daß ein Schandfleck auf unsere Politik käme, hätte ich gegen den Kaiser Napoleon die gewaltigsten Resultate erreicht. Denn so viel hatte die deutsche Bildung, welche Napoleon genossen, nicht bei demselben vermocht, daß er nicht unsere Sittlichkeit hätte auf die Probe stellen wollen. (Heiterkeit.) Ich finde gar nicht das Recht, in dieser Weise durch den Mißbrauch der Tribune den Vertreter der Regierung zu nöthigen, sich gegen solche Vorwürfe zu verantworten, für die mir jeder parlamentarische Ausdruck fehlt; aber die Presse wird ihn schon finden. (Beifall.)

Abg. v. Mallindrodt erwidert dem Ministerpräsidenten, daß der Ausdruck apokryph für das Wort Lamarmora's nicht richtig gewählt sei.

Abg. Lasker constatirt, daß der Vorredner in der vorher erwähnten Rede mit den Worten geschlossen habe, wer also wohl patriotischer sei, Fürst Bismarck oder er. Er habe damit den Vorwurf der unpatriotischen Handlungsweise des Fürsten sich zu eigen gemacht.

Damit erklärt der Präsident diesen Zwischenfall für erledigt, und das Haus kehrt zu seiner Tagesordnung zurück: zunächst zur Abstimmung über § 6 des Gesetzes, der in der Fassung von Miquel und Gosselin genehmigt wird, nachdem die Aenderung des Freiherrn v. d. Golt (s. o.) abgelehnt ist. In rascher Folge werden die §§ 7—21 discutirt und mit mehrfachen Aenderungen, in Betreff deren auf die gedruckte Zusammenstellung der Beschlüsse verwiesen werden muß, genehmigt.

Nach 4½ Uhr vertagt sich das Haus bis Montag 11 Uhr (Civilehe, Kreisordnung für Polen, Provinzialordnung).

[Berichtigung.] Unsere gestrigen Bericht über den Vortrag des Abg. v. Sauten ergänzen wir an zwei Stellen. Der Herr Abgeordnete hat erklärt, daß er darum, weil sein Antrag auf Ausschließung der Geistlichen von der Verfassung zu Standesbeamten etwa nicht angenommen werden sollte (wie er denn auch nicht angenommen worden ist), nicht gegen das Gesetz im Ganzen stimmen werde. Und er sagte ferner: „im dem Streite, wer Verfassung zu dem Conflict zwischen der Staatsgewalt und dem katholischen Cle-



aus gegeben hat, werden wir die Mitglieder der Centrumpartei nicht über-  
zeugen, sie werden dabei bleiben, daß sie Recht haben."

**Berlin, 16. Januar.** [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem  
Kaiserlich österreichischen Feldmarschall-Lieutenant Ritter von Abele, Com-  
mandeur der 2. Infanterie-Brigade-Division, den Stern mit Schwertern am  
Ringe zum königlichen Kronen-Orden zweiter Klasse mit Schwertern; dem  
Kaiserlich österreichischen Major und Flügel-Adjutanten Sr. Majestät des  
Kaisers, Freiherrn von Löwenstein, den königlichen Kronen-Orden zweiter  
Klasse; sowie dem Großherzoglich luxemburgischen Archiv-Rath Ruppert zu  
Luremburg den königlichen Kronen-Orden vierter Klasse verliehen.

Se. Majestät der König hat den Regierungs-Rath Ziegler in Breslau  
und Linz in Trier den Charakter als Geheimer Regierungs-Rath verliehen;  
den Kreisgerichts-Director Severin in Wunzlau in gleicher Amtsbezeichnung  
an das Kreisgericht in Glogau versetzt; und dem Kreisgerichts-Secretär  
Mischke in Weichen O.-Schl. bei seiner Versetzung in den Ruhestand den  
Charakter als Kammer-Rath verliehen.

Der bei der Verwaltung der Reichseisenbahnen in Elsaß-Lothringen an-  
gestellte Eisenbahn-Telegraphen-Inspector Emil Hieronymi ist zum Eisenbahn-  
Telegraphen-Inspector ernannt worden. Der seit hergehehrt des Ober-  
Landesgerichts Dr. Fuchs zu Friedrichsdorf ist zum Kreis-Bezirks-  
Rath ernannt worden. — Der in der Eisenbahn-Abteilung des Mini-  
steriums für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten beschäftigte bisherige  
Gerichts-Magistrat Georg Sombart ist zum Regierungs-Magistrat ernannt  
worden.

Der Gasmotoren-Fabrik Deutz zu Deutz bei Köln ist unter dem 14. Ja-  
nuar d. J. ein Patent auf eine atmosphärische Gastmaschinen auf drei  
Jahre erteilt worden.

[Verleihung.] Se. Majestät der Kaiser und Königin haben der von  
dem verstorbenen Commerzien-Rath Lüders in Göttingen zu Gunsten invalider  
Fabrikarbeiter errichteten Stiftung die Rechte einer juristischen Person zu ver-  
leihen geruht.

**Berlin, 16. Jan.** [Vom Hofe.] Ihre Majestät die Kaiserin-  
Königin wohnte heute der feierlichen Einweihung der Kapelle des Dom-  
Candidatenstifts bei. — Im königl. Palais findet heute ein größeres  
Diner statt für die Botschafter und ihre Gemahlinnen, so wie für die  
hier anwesenden nach Ausland abgesandten höchsten Hofchargen Ihrer  
Majestät der Königin von Großbritannien und Irland.

Bei Ihren kaiserlichen und königlichen Hoheiten dem Kronprinzen  
und der Kronprinzessin fand gestern Abend 5 Uhr ein größeres Diner  
statt, zu dem auch die unter Viscount Sidney von Ihrer Majestät  
der Königin Victoria von Großbritannien und Irland zur Beiwohnung  
der Vermählungsfeierlichkeiten nach St. Petersburg entsandte  
Legation eingeladen war.

○ **Berlin, 16. Jan.** [Die Angriffe gegen Fürst Bis-  
marck.] Die Schüler und der katholische Religions-  
unterricht. — Die päpstliche Bulle. — Die Angriffe des Herrn  
von Schorlemer-Nast gegen den Fürsten Bismarck in der gestrigen  
Sitzung des Abgeordnetenhauses haben allgemeine Indignation erregt.  
Wenn man sich wunderte, daß keiner der anwesenden Minister seinen  
abwesenden Präsidenten in Schutz nahm, so ist dies wohl heute durch  
die dem Herrn von Schorlemer vom Fürsten persönlich erteilte Ant-  
wort genügend begreiflich geworden. Sonderbar nahmen sich die  
Klagen des Herrn von Mallinckrodt aus, die Regierung vergewaltige  
die Herzen der Lehrer und Kinder. Wie ängstlich Herr Falk bemüht  
ist, jeden Schein einer Beeinträchtigung zu vermeiden, beweist sein neues  
Circular, welches anordnet, daß kein Schüler einer Elementarschule ver-  
pflichtet sein soll, dem Religions-Unterricht eines katholischen Lehrers beizu-  
wohnen, der einer von den beiden innerhalb der katholischen Kirche bestehen-  
den Richtungen angehört, welche die Eltern des Schülers nicht theilen.  
In diesem Falle soll der Schüler auf Antrag der Eltern und wenn  
dieselben dorthin, daß derselbe genügenden Religionsunterricht außer-  
halb der Schule erhält, vom ordentlichen Religionsunterricht dispensirt  
werden. Als qualifiziert zum Religionsunterricht ist jeder ordinierte  
Geistliche oder geprüfte Lehrer zu erachten. Die Ultramontanen wer-  
den freilich behaupten, dieser Erlass bezwecke hauptsächlich den Schutz  
der Ultrakatholiken. Indessen es liegt auf der Hand, daß er auch ihnen  
Schutz gewährt, eine solche Deutung beweist am Besten, auf  
welcher Seite die meisten Gefährten sind, die Gewissen der Kinder zu  
vergewaltigen. — Die „Germania“ hat sich von ihrem Schrecken über  
die päpstliche Bulle wieder erholt und bringt mit festerer Schrift ein  
angeblich aus dem Vatican stammendes Dementi. Für den obersten  
Hirten der Christenheit ist es eigentlich ein bißchen grausam, daß  
er das arme Blatt so lange zappeln ließ; für's Erste darf  
man wohl noch annehmen, daß der vermeintliche Vatican  
im Redaktionsbureau der „Germania“ liegt. Leider liegt die tele-  
graphisch gemeldete Auslassung der „Voce della verita“ noch nicht  
im Wortlaut vor; man könnte sonst vergleichen, was die Jesuiten in  
Rom und Berlin sagen: schwerlich wird sich Beides vereinigen lassen.

Interessant ist, daß die „Germania“ noch gestern zugab, es existire  
überhaupt eine neue die Papstwahl regelnde Bulle. Jetzt ist ihr plötzlich  
die Inspiration gekommen, sie hat darüber das anfängliche Geständnis  
ganz und gar vergessen und erklärt, die Veröffentlichung der „Köln.  
Zeitung“ sei nur die Umarbeitung einer bereits vor Jahrzehnten er-  
lassenen päpstlichen Constitution. Am Besten wäre es, der Vatican  
machte selber in authentischer Form dem Streite ein Ende.

**Hamburg, 14. Januar.** [Das Reichskanzler-Amt] zeigt  
auf Anfragen ein Entgegenkommen, daß mancher nachgeordneten Be-  
hörde mit ihrem ausgeprägten Bureaucratismus zur Nachahmung  
dienen könnte. Der Arbeiter-Parlamentarismus von der hiesigen social-demo-  
kratischen Partei hat bekanntlich auch im siebensten Schleswig-hol-  
steinischen Wahlbezirk eine sehr erhebliche Stimmenzahl bei der Reichs-  
tagswahl erhalten. Es war nun die Frage mehrfach hervorgetreten:  
„Wenn einer der beiden Candidaten, welche in Hamburg die meisten  
Stimmen erhalten hat, in einem anderen Wahlbezirk gewählt wird  
und dort die Wahl annimmt, findet dann in Hamburg dessenungeachtet  
eine Stichwahl zwischen diesen Beiden statt? oder tritt dann der in  
der Stimmenzahl nächstfolgende Candidat in die Stichwahl ein? oder  
endlich: fällt die Stichwahl ganz weg, so daß an die Stelle derselben,  
eine vollständige Neuwahl tritt?“ — Da die beschaffte Bestimmung  
des Wahl-Reglements unklar ist, stellte die hiesige Redaktion der  
„Reform“ eine Anfrage an das Reichskanzleramt auf telegraphischem  
Wege. Hierauf ging umgehend folgendes Telegramm ein: „Die Ent-  
scheidung steht nach § 30, in Verbindung mit § 8 des Wahl-Regle-  
ments vom 28. Mai 1870 der dortigen Commission für die allge-  
meinen directen Wahlen zur Bürgererschaft zu. Reichskanzleramt.  
gez. Delbrück.“

**Hannover, 15. Januar.** [Die orthodoxen lutherischen  
Geistlichen und die obligatorische Civilehe.] Mehr als 30  
der streng orthodoxen und der welfischen Partei angehörende Geistliche  
unserer Provinz haben hier über ihre Stellung gegenüber dem Gese-  
zentwurf, betreffend die obligatorische Civilehe, berathen. Man stand  
davor ab, gemeinsame Schritte gegen den Erlass des Gesetzes selbst  
anzuregen, weil man sich davon keinen Erfolg versprach, beschloß dann  
aber einstimmig, daß die Geistlichen die Funktionen eines Civilstands-  
beamten und insbesondere die Vornahme des für die Eheschließung  
angeordneten Civilacts nach Maßgabe des betreffenden Gesetzesentwurfs ab-  
lehnen müßten. Die Herren erwarten, daß das (ihnen gleichgestimmte)  
Landesconsistorium auf ein einmütiges Handeln der gesammten lutheri-  
schen Geistlichkeit der Provinz in diesem Sinne hinwirken werde.  
Diese Konferenz fand am 7. Januar statt, wohl nicht zufällig an dem-

selben Tage, an welchem Landesconsistorium und Synodalausschuß das  
Glaubensgericht über Becker abhielten.

**Köln, 15. Januar.** [Proceß gegen den Erzbischof.] Wie  
seiner Zeit an dieser Stelle mitgeteilt wurde, war Seitens des Herrn  
Erzbischofs Meiners so wie Seitens des öffentlichen Ministeriums  
gegen fünf Contumacial-Urtheile der hiesigen Justizpolizeikammer vom  
22. und 29. November des vorigen Jahres wegen Anstellung von  
Geistlichen ohne vorherige Anzeige, Berufung eingelegt worden. In  
der heutigen Sitzung der correctionellen Appellationskammer wurden  
diese fünf Fälle ebenfalls in contumaciam verhandelt. Die Berufung  
wurde als unbegründet verworfen und das Urtheil des ersten  
Richters bestätigt; zugleich wurden auch dem Herrn Erzbischof die  
Kosten der zweiten Instanz zu Last gelegt.

**Bonn, 16. Januar.** [Mar Schulze.] Der bekannte Anatom  
Professor an der hiesigen Universität, Mar Schulze ist heute plötzlich  
an einem Herzschlage verstorben.

**Deffau, 12. Januar.** [Antrag auf Erlass einer Kirchen-  
verfassung.] Auch im Landtage des Herzogthums Anhalt ist jetzt  
von einem geistlichen Abgeordneten der Antrag auf Erlass einer Kirchen-  
verfassung gestellt worden. Der Minister v. Lottich suchte die Ange-  
legenheit zwar mit allerlei Ausflüchten hinauszuschieben, die Kammer  
ließ sich aber dadurch nicht beirren, sondern beauftragte den Abge-  
ordneten Ullrich, einen Geisteslichen, mit der Ausarbeitung eines Entwurfs.

**Dresden, 16. Januar.** [Der Ausschuß der ersten Kam-  
mer] ist über den Beschluß der zweiten Kammer betreffend die Auf-  
hebung des § 92 der Verfassung und die Einführung des Patentschutzes  
schlüssig geworden und empfiehlt einstimmig die Ablehnung desselben.

**München, 14. Januar.** [Protest.] Von liberaler Seite wird,  
wie der Münch. Correspondent versichert, im nächsten Reichstage gegen die  
von den bayerischen Erzbischofen angeordnete Verlesung der Hirten-  
briefe bezüglich der Reichstagswahlen, in denen man eine geföhrlich  
ungünstige Beeinflussung der Wahlen sieht, Protest erhoben werden.

**München, 16. Januar.** [Wahlen.] Nach den jetzt officiell  
vorliegenden Wahlergebnissen sind im Königreich Bayern 32 Ultra-  
montane) Graf Quadt-Jöns, Stadtpfarrer Kirchner, Dr. Schüttlinger,  
Weiß, Dr. Jörg, Professor Merkle, Dr. Mayer, Graf Ludwig Aretin,  
Freiherr v. Haberman, Bauch, Graf Schönborn, Graf Frankenstein,  
Freiherr von Zurehm, Pfarrer Huber, Pfarrer Ruffwurm, Brückle,  
Triller, Bürgermeister Döhl, Dr. Westermayer, Kellner, Dr. Schmidt,  
v. Müller, Senefelder, v. Soden, Freiherr Carl Aretin, Graf v.  
Preysing-Lichtenegg-Moos, Freiherr v. Hagenbrühl, Baron Dw., Lang,  
Dr. Kräger, Winkelhofer) und 16 Liberale (Professor Marquardsen,  
Dr. Paps, Frankenburg, Dr. Thomas, Erhard, Dr. v. Schaub,  
Advokat Stenglein, Fürst v. Hohenlohe-Schillingensfürst, Dr. Böhl,  
Schmidt, Späth, Jordan, Dr. Zinn, Dr. Buhl, Dr. Groß, Freiherr  
Schent von Stauffenberg) zu Reichstags-Abgeordneten gewählt  
worden.

**Straßburg, 13. Januar.** [Erklärung der elsässischen  
Partei.] Die hiesige elsässische Partei erklärt durch das „Elsässer  
Journal“, sie werde statt Bergmann's keinen Candidaten mehr auf-  
stellen, sondern sich der Theilnahme an den Wahlen enthalten, da sie  
den Sieg von Lauth als gesichert ansehe. Sie wolle aber gleichzeitig  
ihre Programme fester als zuvor aufrecht halten; demselben gehöre die  
Zukunft. Der Wahlsieg der einfachen Protestpartei werde die Klärung  
der Lage beschleunigen.

**Wien, 15. Januar.** [Uebergabe des Baretts an den Erz-  
bischof Tarnoczky.] Heute Vormittags fand in der Hofburgcapelle  
die feierliche Uebergabe des Baretts an den Cardinal-Erzbischof von  
Salzburg, Tarnoczky, durch den Kaiser statt.

**Provincial-Beitrag.**

**Breslau, 17. Januar.** [Der Circus in Feuersgefahr.] Wir  
waren gestern Augenzeuge eines Unfalls, welcher sehr leicht von den trau-  
rigsten Folgen hätte sein können. — Bald nach Beginn der Vorstellung ge-  
rieth die Gaze und Papierumhüllung einer Säule in Brand und pflanzte  
sich das Feuer in rascher Schnelle gegen die Decke und die Tapissier-Aus-  
schmückungen derselben fort. — Die Aufregung im Publikum, welches den  
Circus fast vollständig füllte, war eine sehr große, doch wurde demselben  
allseitig zugerufen, sitzen zu bleiben, da die Feuerwehre zur Stelle sei. Ehe  
dieselbe jedoch in Thätigkeit treten konnte, kletterte ein Bediensteter des  
Director Myers die Säule empor und riß die brennenden Lappen von der  
selben herunter, ehe sich das Feuer der Decke mittheilen konnte. —  
Nur diesem raschen Entschlusse ist die Verhütung großen Unglücks  
zu danken, denn wenn die vielen an der Decke befindlichen feuer-  
fangenden Gegenstände zum Brennen kamen, würde auch die Feuerwehre nicht  
mehr im Stande gewesen sein, das entsetzliche Elementes Herr zu werden.  
Obgleich mehrere anwesende Frauen vom Schreck ohnmächtig geworden waren  
und entfernt werden mußten, erlitt doch die Vorstellung keine weitere Unter-  
brechung, sondern nahm ihren ungehörten Fortgang.

\* [Der frühere Liegnitzer Oberbürgermeister Voelck] ist, wie  
die „Schles. Ztg.“ meldet, von Sr. Majestät begnadigt und die Entlassung  
aus dem Gefängnis sofort verfügt worden.

(Notizen aus der Provinz.) \* Ratibor. Wie der „Oberschl. Anz.“  
meldet, wurde am 14. d. M., Morgens 9 Uhr, ein in Suboll hiesigen  
Kreises ansehnlicher Bauer in seiner Wohnung erschossen. Die für ihn be-  
stimmte Kugel drang hinter dem Ohr in den Kopf ein. Ueber den Thäter,  
sowie über die Motive zur That haben wir bis jetzt nichts Näheres erfahren  
können. — In Schlauchwitz hiesigen Kreises hat der rothe Hahn ein be-  
deutendes Opfer gefordert. Wie uns mitgeteilt wird, sind in vergangener  
Nacht 6 Stellen total niedergebrannt. Das Feuer soll von böswilliger Hand  
angelegt worden und in der Scheuer des dortigen Kreischams heraus-  
gekommen sein.

+ Gleiwitz. Wie der „Oberschl. Wanderer“ berichtet, fand am 15. d.  
M. gegen Abend ein Schüler des hies. königl. Gymnasiums (Obertercianer)  
beim Schlittschuhlaufen auf dem Canal seinen Tod. Bei seinem Gistlauf war  
derselbe einer Schleufe, an welcher das Eis theilweise nicht fest ist, theils  
auch ganz fehlt, zu nahe gekommen und eingebrochen und ist wahrscheinlich  
ein Nervenschlag eingetreten.

**Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-  
Sternwarte zu Breslau.**

Januar 16. 17.	Nachm. 2 U.	Abds. 10 U.	Morg. 6 U.
Luftdruck bei 0° .....	331° 97	331° 05	329° 97
Luftwärme .....	+ 5,7	+ 1,8	+ 0,6
Thaumdrück .....	2° 43	1° 88	1° 67
Dunstfättigung .....	73 pCt.	80 pCt.	79 pCt.
Wind .....	E. 1	E. 1	E. 1
Wetter .....	heiter.	heiter.	heiter.

**Breslau, 17. Jan.** [Wasserstand.] D.-B. 4 M. 40 Cm. U.-B. — M. — Cm.  
Eisstand.

**Berlin, 16. Jan.** Die Börse war auch heute nicht frei von manchen  
verstimmenden Momenten und wirkten diese besonders bei Größnung des  
Verkehrs. Ihr Einfluß war um so erheblicher, als man glaubte, dieselben  
auf politischem Gebiete finden zu dürfen. Es trat aber kein irgend wie  
forciertes Angebot auf, sondern die Börse beobachtete nur eine abwartende  
Haltung. Selbstverständlich blieben bei dieser Tendenz die Umsätze sehr  
gering, dieselben belebten sich auch nicht, als noch in der ersten Börsenhälfte  
in der allgemeinen Stimmung ein Umschlag zum Besseren eintrat. Man  
sah bald ein, daß jenen heurückenden Reflexionen, die ihr Entstehen nicht  
um kleinsten Theile dem gestrigen Leitartikel der officiellen „Nordd.  
Allg. Ztg.“ (über das Verhältnis Deutschlands zu Frankreich) verban-  
den mochten, eine zu große Tragweite eingeräumt worden sei, welche Ueber-  
zeugung bald naturgemäß einer festeren Tendenz, die bis zum Schluß

anhieft, Bahn brach. Die internationalen Speculations-Papiere setzten  
mit einer nicht unbedeutenden Einbuße gegen ihre gestrigen Schluß-  
Course ein, trotzdem sich dann im weiteren Geschäftsverlauf die Notirungen  
um 1/2 bis 1/4 Zhr. hoben, gelang es doch nicht, dem Verkehr größere  
Lebhaftigkeit zu verleihen. Geschäfts-Stille ist überhaupt das charakte-  
ristische Merkzeichen der heutigen Börse gewesen und höchsten machten  
schwere Eisenbahn-Aktionen hier von einer Ausnahme, für die sich wieder die  
Gunst des Tages gefunden. Lombarden waren ganz vernachlässigt, auch  
Frankosen zeigten sich sehr spärlich im Verkehr; allenfalls können Deferr.  
Creditactien als belebter gelten. Oesterreichische Nebenbahnen haben nur in  
sehr geringem Maße Theilnahme am Geschäft aufzuweisen. Galizier und  
Deferr. Nordwestbahn notiren niedriger, da sie vorwiegend angeboten blieben,  
die anderen Deferr. dieser Gattung behaupteten sich ziemlich unverändert.  
Auswärtige Fonds zeigten anfänglich eine sehr matte Physiognomie, da aber  
später die Stimmung eine bessere wurde, so blieben sie von belangreicheren  
Nutzgängen verschont; die Umsätze waren ganz geringfügig. Oesterreichische  
Renten und Amerikaner ruhig und ziemlich fest. Italiener und Türken in  
einigen Schwankungen aber schließlich fest, französische Rente absolut ge-  
schäftslos. Von russischen Werthen, die sämtlich recht fest waren, zeich-  
neten sich nur Bahnen durch lebhaftere Frage aus und zogen auch  
dieselben im Course an. Preussische Fonds behaupteten sich in großer  
Festigkeit und waren auch ziemlich belebt, namentlich fanden Renten-  
briefe Beachtung. Deutsche Fonds waren ruhig und wenig verändert.  
Prioritäten fest, aber nur in belanglosem Umfange; von Preussischen waren  
4 1/2 procentige bevorzugt, namentlich Potsdamer, Rheinische und Bergische,  
auch Bergische 3 1/2 procent. Lit. C. Deferr. Priorit. sehr still, Theißbahn  
gingen zu 7 1/2 um und blieben dazu Geld. Auf dem Eisenbahnactienmarkt  
machte die Tendenz mehrere Wandlungen durch. Die rheinisch-westfälischen  
Speculations-Devisen hatten im ungefähren Niveau ihrer gestrigen Schluß-  
Course eröffnet, ließen darauf etwas nach, bald aber hoben sich in Folge von  
Deckungen die Notirungen nicht unbedeutend. Nach einem schnell vorüber-  
gehenden Nachgeben war der Schluß dann sehr fest und konnte die Nachfrage  
nicht befriedigt werden. Potsdamer zogen an, Halberstädter hatten die Auf-  
merksamkeit, die ihnen bisher zu Theil geworden war, eingebüßt, Anhalter  
wichen zurück, auch Hamburger waren in Folge mehrfacher Verkaufsofferten  
procentweise niedriger. Leichte Bahnen ziemlich behauptet, Rumänien sehr  
matt. In Bankactien sehr schleppendes Geschäft. Disc.-Comm. 169 1/2,  
ult. 169—168 1/2—169, Brod.-Disc. 89, Unionbank fest. Industriepapiere  
gingen ebenfalls nur sehr schwach um. Wähler sehr begehrt und steigend,  
auch Münch. höher, Dortmund Union 81 1/2, ult. 80 1/2—81, Saurabhütte  
173 1/2, ult. 172 1/2—171 1/2—73, Gelsenkirchen offerirt, 129 1/2. (B. u. S. 3.)

**Berlin, 15. Januar. Versicherungs-Gesellschaften.**  
(Der Cours versteht sich pr. Stüd franco Zinsen.)

Name der Gesellschaft.	1872 Pr. 1873	1872 Pr. 1873	Appoints a	Einschlus- s.	Cours.
Nachn.-Münchener Feuer-Vers.-G.	46	—	1000 Th.	20%	2300 B.
Nachener Rückvers.-Ges.	35	—	400	—	575 B.
Allg. Eisen-Vers.-Ges. zu Berlin	23	—	1000	—	464 B.
Berl. Land- u. Wassertransp.-B.-G.	25	—	100	—	275 B.
Berl. Feuer-Vers.-Anstalt	19 1/2	—	1000	—	320 B.
Berl. Hagel-Versicherung-Ges.	0	—	1000	—	110 B.
Berl. Lebens-Vers.-Ges.	22 1/2	—	1000	—	—
Colonial-Feuer-Vers.-G. zu Köln	55	—	1000	—	1700 B.
Concordia Lebens-V.-G. zu Köln	15	—	1000	—	585 B.
Deutsche Feuer-V.-G. zu Berlin	0	—	1000	—	135 B.
Deutsche Transport-Vers.-Ges.	10	—	1000	—	160 B.
Dresdener allg. Transport-V.-Ges.	40	—	1000	10%	—
Düsseldorf allg. Transport-V.-G.	40	—	1000	—	—
Elberfelder Feuer-Vers.-Ges.	32 1/2	—	1000	20%	775 B.
Fortuna, allg. V.-Act.-G. zu Berlin	—	—	1000	—	275 B.
Germania Lebens-V.-G. zu Stettin	12 1/2	—	500	—	114 1/2 B.
Glücklicher Feuer-Vers.-Ges.	12 1/2	—	1000	—	365 B.
Kölnische Hagel-Vers.-Ges.	6	—	500	—	80 B.
Kölnische Rückvers.-Ges.	13	—	500	—	—
Leipziger Feuer-Vers.-Ges.	90 1/2	—	1000	—	1800 B.
Magdeburger Allg. Vers.-Ges.	0	—	100	—	94 B.
Magdeburger Feuer-Vers.-Ges.	14 1/2	—	1000	20%	821 B.
Magdeburger Hagel-Vers.-Ges.	0	—	500	—	—
Magdeburger Lebens-Vers.-Ges.	6	—	500	—	90 B.
Magdeburger Rückvers.-Ges.	5	—	100	—	180 B.
„Nationale“ Lebens-Vers.-Ges. zu Berlin (Oblig.)	—	—	200	—	100 1/2 B.
Medlenb. Leb.-Vers.-u. Sparbank	7	—	200	—	—
Niederrh. Güter-Vers.-G. zu Wesel	45	—	500	10%	—
Nordstern Lebens-V.-G. zu Berlin	5	—	1000	20%	190 B.
Preuss. Hagel-Vers.-Ges.	0	—	500	—	—
Preuss. Lebens-Vers.-Ges.	7	—	500	20%	100 B.
Preuss. National-V.-G. zu Stettin	18	—	400	25%	204 B.
Providentia, V.-G. zu Frankfurt a. M.	8	—	1000 Th.	10%	256 B.
Rheinisch-Westfälischer Lloyd	12	—	1000 Th.	—	—
Rheinisch-Westfäl. Rückvers.-Ges.	6	—	500	—	—
Sächsische Rückvers.-Ges.	20	—	500	5%	69 B. pr. St.
Schlesische Feuer-Vers.-Ges.	17 1/2	—	1000 500 Th.	20%	—
Thuringia, Vers.-G. zu Erfurt	0	—	1000 Th.	—	107 1/2 B.
Union, allg. deutsche Hagel-Vers.- Ges. in Weimar	5	—	500	—	70 B.

**Berlin, 16. Januar.** [Productenbericht.] Roggen billiger verkauft,  
schließt nach ziemlich belebtem Handel auf Termine in fester Haltung. loco  
wurde russischer Roggen ziemlich reger umgesetzt, wobei Signer allerdings  
etwas entgegenkommen mußten. — Roggenmehl anfangs matt, schließt fest.  
— Weizen sehr fest und etwas besser bezahlt. — Hafer loco gut verkauft.  
Termine etwas niedriger, doch fest zum Schluß. — Rüböl in matter Haltung.  
— Spiritus hat bei sehr zurückhaltender Verkaufslust merklich bessere Preise  
erzielt.

Weizen loco 72—92 Zhr. pro 1000 Kilogr. nach Qualität gefordert,  
gelber — Zhr. ab Bahn bez., feiner weisbunter poln. — Zhr. ab Bahn  
bez., pr. December-Januar — Zhr. bez., Januar-Februar — Zhr. bez., pr.  
Februar-März — Zhr. bez., pr. April-Mai 87—87 1/2 Zhr. bez., pr. Mai-  
Juni 87 1/2—87 1/2 Zhr. bez., pr. Juni-Juli 87 1/2—87 1/2 Zhr. bez., pr. Juli-  
August 85—85 1/2 Zhr. bez., neue Waare per April-Mai 86 1/2—1/2 Zhr.  
bez., Gefündigt 1000 Cmr. Rindungspreis 85 1/2 Zhr. — Roggen pro  
1000 Kilogr. loco 59—69 Zhr. nach Qualität gefordert, russischer 59 1/2—  
60 1/2 Zhr. bez., besserer — Zhr. ab Bahn bez., polnischer — Zhr. bez.,  
inländischer 67—69 Zhr., expirirt 76 Zhr. ab und frei Bahn bez., pr.  
December-Januar 61 1/2—61 1/2 Zhr. bez., pr. Januar-Februar 61—60 1/2  
—61 1/2 Zhr. bez., pr. Februar-März — Zhr. bez., pr. Frühjahr 62 1/2—62  
—62 1/2 Zhr. bez., pr. Mai-Juni 61 1/2—61 1/2 Zhr. bez., pr. Juni-Juli  
61 1/2—61 1/2 Zhr. bez., pr. Juli-August — Zhr. bez., Gefündigt 19,000  
Cmr. Rindungspreis 60 1/2 Zhr. — Gerste loco 52—73 Zhr. nach Qua-  
lität gefordert. — Hafer pr. 1000 Kilogr. loco 49—59 Zhr. nach Qualität  
gefordert, schlesischer — Zhr. bez., böhmischer — Zhr. galizischer — Zhr.  
bez., ostpreussischer — Zhr., weipreussischer — Zhr., pommerischer — Zhr.,  
u. d. m. — Zhr. ab Bahn bez., pr. December-Januar — Zhr. bez., pr.  
Januar-Februar — Zhr. bez., pr. Februar-März — Zhr. bez., pr. Früh-  
jahr 55 1/2 Zhr. bez., pr. Mai-Juni 55 1/2 Zhr. Br., pr. Juni-Juli 55 1/2 Zhr.  
bez., Gefündigt — Cmr. Rindungspreis — Zhr. — Erbsen: Koch-  
waare 59—66 Zhr., Futterwaare 53—58 Zhr. bez. — Weizenmehl Nr. 0  
pro 100 Kilo Br. unverfeuert incl. Sac 12—11 1/2 Zhr., Nr. 0 und 1  
11—10 1/2 Zhr. — Roggenmehl Nr. 0 und 1: pr. December-Januar 9 Zhr. 17  
—16 1/2 Sgr. bez., pr. Januar-Februar 9 Zhr. 14 1/2—15 Sgr. bez., pr.  
Februar-März 9 Zhr. 14 1/2—15 Sgr. bez., pr. März-April 9 Zhr. 14 1/2  
—15 Sgr. bez., pr. April-Mai 9 Zhr. 11 1/2 Sgr. bez., Mai-Jun 9 Zhr.  
11 Sgr. bez., Gefündigt 500 Cmr. Rindungspreis 9 Zhr. 17 Sgr. —  
Delfaaten: Raps — Zhr., Rüben — Zhr. — Rüböl per 100 Kilo netto  
loco mit Faß 19 1/2 Zhr. bez., ohne Faß 19 Zhr. bez., pr. December-Januar  
19 1/2 Zhr. bez., pr. Januar-Februar 19 1/2 Zhr. bez., pr. Februar-  
März 19 1/2 Zhr. bez., März-April — Zhr. bez., pr. April-Mai 20—19 1/2  
Zhr. bez., pr. Mai-Juni 20 1/2 Zhr. bez., pr. September-October 21 1/2  
—21 1/2 Zhr. bez., Gefündigt 100 Barrels. Rindungspreis 19 1/2  
Zhr. — Keimöl loco 24 Zhr. — Petroleum per 100 Kilo incl. Faß loco  
9 1/2 Zhr. bez., pr. December-Januar 9 1/2 Zhr. bez., pr. Januar-Februar  
9 1/2 Zhr. bez., pr. Februar-März — Zhr. bez., April-Mai 9 1/2 Zhr. bez.,  
pr. Mai-Juni — Zhr. bez., pr. September-October 10 1/2 Zhr. bez. Ge-  
fündigt 50 Barrels. Rindungspreis 9 1/2 Zhr.



